

/ Industrielle Welt

Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte

Herausgegeben von Werner Conze

Band 8 Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reichs 1929/33

Ernst Klett Verlag Stuttgart

## Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reichs 1929/33

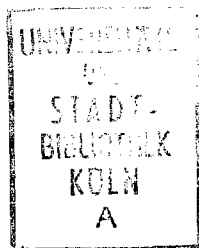
Sechs Beiträge von Hans Raupach, Dietmar Keese, Wilhelm Treue,

Ursula Hüllbüsch, Rudolf Vierhaus, Werner Conze

Herausgegeben von Werner Conze und Hans Raupach

16 742

Ernst Klett Verlag Stuttgart



## Inhalt

|                                                                                                                          |     |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| Einleitung                                                                                                               | 9   |
| Hans Raupach<br>Der interregionale Wohlfahrtsausgleich als Problem der Politik<br>des Deutschen Reiches                  | 13  |
| Dietmar Keese<br>Die volkswirtschaftlichen Gesamtgrößen für das<br>Deutsche Reich in den Jahren 1925–1936                | 35  |
| Wilhelm Treue<br>Der deutsche Unternehmer in der Weltwirtschaftskrise 1928–1933                                          | 82  |
| Ursula Hüllbüsch<br>Die deutschen Gewerkschaften in der Weltwirtschaftskrise                                             | 126 |
| Rudolf Vierhaus<br>Auswirkungen der Krise um 1930 in Deutschland<br>Beiträge zu einer historisch-psychologischen Analyse | 155 |
| Werner Conze<br>Die politischen Entscheidungen in Deutschland 1929–1933                                                  | 176 |
| Verzeichnis der Personennamen                                                                                            | 253 |

## Einleitung

Die Weltwirtschaftskrise der Jahre nach 1929 ist als die eigentliche weltgeschichtliche Epoche in der Zeit der beiden Weltkriege anzusehen. Sie stand in der Folge des ersten, und sie verursachte in erheblichem Maße den zweiten der beiden Kriege. Sie ist gleichwohl mehr gewesen als nur die Konsequenz aus dem destrukturierenden Unterbruch der weltwirtschaftlichen Beziehungen durch die politisch-militärische „Störung“ der Jahre 1914–1919, wie sie auch weiterreichende Folgen gehabt hat als nur die Begünstigung der verhängnisvollen Konstellation, die den zweiten Weltkrieg ausbrechen ließ. Sie kann vielmehr als die *letzte* der „klassischen“ *Konjunkturkrisen* der im 19. Jahrhundert entwickelten, liberalen Weltwirtschaft angesehen werden; daß sie die letzte war, darin ist schon ihr Charakter als tiefgreifende, seit langem unabhängig vom ersten Weltkrieg vorbereitete *Strukturkrise* angedeutet. *Andreas Predöhl* hat die epochale Bedeutung der Weltwirtschaftskrise in mehreren Arbeiten analysiert und gedeutet: als den „Zusammenbruch der Weltwirtschaft, der sich in der Depression des Jahres 1931 vollzogen hat und mit dem der automatische Ausgleich der Zahlungsbilanzen mittels des Goldwährungsmechanismus durch die autonome Währungspolitik der Staaten, der automatische Ablauf der Konjunkturen durch die staatliche Konjunkturpolitik ersetzt worden ist“<sup>1</sup>. In Predöhls Sicht steht die Weltwirtschaftskrise als Wende zwischen dem freien Wettbewerbsautomatismus des liberalen Jahrhunderts und der weltwirtschaftlichen Desintegration autonom staatswirtschaftlicher Handels- und Währungspolitik, der in unserer Gegenwart durch die Versuche zu großräumig regionalen Integrationen zu begegnen unternommen wird. Wird schon durch diese knappe Kennzeichnung deutlich, daß diesem weltweiten Strukturumbruch mehr als nur wirtschaftsgeschichtliche Bedeutung zukommen muß, so wird die weltpolitische Epoche der großen Krise um 1931 noch dadurch unterstrichen, daß sie in vielfältigen politischen Wechselbeziehungen gestanden und in einigen Ländern, vorab den Vereinigten Staaten und dem Deutschen Reich, politische Wirkungen großen Ausmaßes gehabt hat<sup>2</sup>. In Deutschland traf sie auf eine lang schwelende Staats- und Verfassungskrise und steigerte diese zur Katastrophe der Demokratie.

Obgleich in Fülle über die Wirtschaftskrise und die ihr zugehörige deutsche Wirtschaftspolitik einerseits, das Ende der Weimarer Republik im innen- und ver-

1 Art. Weltwirtschaftskrise. Hdwb. der Sozialwiss. Bd. 11, S. 618 ff. Göttingen 1961. Vgl. ferner *Andreas Predöhl*: Die Epochenbedeutung der Weltwirtschaftskrise. VfZ 1, 1953, S. 97 ff.; derselbe: Das Ende der Weltwirtschaftskrise. rororo, Hamburg 1962.

2 Zum Vergleich USA–Deutschland vgl. unten S. 176.

fassungspolitischen Zusammenhang andererseits geforscht oder – oft mit erheblichen Emotionen – geschrieben worden ist, schien es uns erforderlich zu sein, beide Gesichtspunkte stärker, als es gemeinhin geschehen ist, miteinander zu verknüpfen. Dadurch hofften wir, die Bedeutung strukturell zwingender Verursachung ebenso wie die historische Relevanz der politischen Ereignisse und Entscheidungen angemessener als in üblicherweise isolierter Betrachtung erfassen zu können.

Diese Überlegung lag einigen Tagungen zugrunde, die der Sozialgeschichtliche Arbeitskreis in den letzten Jahren über jene Thematik veranstaltet hat. Dabei stellte sich der Wunsch nach Veröffentlichung der Vorträge und Diskussionen ein. Ergebnis dessen ist der vorliegende Band. Freilich ist dazu zu erklären, daß er leider nicht alle Referate dieser Tagungen enthält. Diese sind zahlreicher gewesen, und demgemäß ist auch in den Diskussionen mehr zur Sprache gekommen, als es unser Band erkennen läßt. Wir können mit ihm also noch weniger als in den vorhergegangenen Tagungen den Anspruch erheben, die Beziehungen von strukturellem Zwang und politischem Handeln im gesellschaftlich-staatlichen Spannungsfeld jener Jahre insgesamt und umfassend aufgeklärt zu haben. Auch sind die einzelnen Beiträge je nach der individuellen Bereitschaft oder Verfügbarkeit der Autoren verschieden weit von der ursprünglichen Vortragsform entfernt. So gibt z. B. der erste Aufsatz das vorgetragene Referat im wesentlichen getreu wieder, während etwa der letzte Beitrag zu einer recht ausführlichen Abhandlung erweitert worden ist.

Gleichwohl: so verschiedenartig und unvollständig die Beiträge auch sein mögen, so stehen sie doch alle mehr oder weniger unter dem oben angedeuteten Leitgedanken und wollen deswegen als Vorstufe zu einem später einmal fälligen, umfassenderen Werk einer politischen Sozialgeschichte der großen Krise in Deutschland verstanden sein.

Bezeichnenderweise kommt in allen Beiträgen mehr oder weniger stark zum Ausdruck, daß das Reich sich längst vor 1929 und nicht allein in verfassungspolitischer Hinsicht in der Krise befand. Im Beitrag von *Hans Raupach* wird das regionalökonomisch im Ost-West-Gefälle der agrarischen und industriellen Standortgunst gezeigt, womit dieser altbekannte, wenn auch meist unter unzulänglichen Begriffen besprochene Zusammenhang zugleich als Dauerproblem wie als wesentlich verursachender Faktor der akuten Krise zu Beginn der 30er Jahre aufgewiesen wird. Nur wenn dieser verhängnisvolle Zirkel der deutschen Nationalwirtschaft angemessen in Rechnung gestellt wird, kann die Rolle, die die ostdeutsche Landwirtschaft wirtschaftspolitisch sowie ihre Verbands- und Parteienrepräsentation staatspolitisch gespielt haben, gebührend beurteilt werden<sup>3</sup>. Eine Untersuchung über die agrarischen Verbände in ihrer Bedeutung für den Wirkungszusammenhang der großen Krise konnte in unserem Bande leider

3 Vgl. hierzu besonders die Beiträge von *Treue* und *Conze*.

ebensowenig vorgelegt werden wie entsprechende Abhandlungen über mittelständische Wirtschafts- und Berufsverbände wie etwa den Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband. Dagegen geben *Ursula Hüllbüsch* und *Wilhelm Treue* Beiträge zum politischen Verhalten, zur Struktur und zur politischen Rolle der Gewerkschaften und der Unternehmer<sup>4</sup>. In beiden Abhandlungen drängt sich besonders die Frage der unzureichenden Anpassung beider Gruppen an die politisch-soziale Gegebenheit der jungen parlamentarisch-demokratischen Republik auf sowie ihre faktisch vollzogene Adaption an den Staat, wie er war und wurde; damit aber ungewollt an den 1932 bevorstehenden und den sich 1933 total setzenden Hitler-Staat.

Im Essay von *Rudolf Vierhaus* wird das grundlegende, unerschöpfliche und methodisch schwierige Thema der sozialpsychologischen Folgen und Wirkungen der Wirtschaftskrise angeschnitten, das übrigens durch eine soeben an anderer Stelle erschienene soziologische Reflexion von *M. Rainer Lepsius* über die politischen Bezugssysteme und die Gründe der je stärkeren oder schwächeren Affinität zum Nationalsozialismus beim Mittelstand, den Bauern, der Arbeiterschaft und der Katholiken anregend ergänzt wird<sup>5</sup>. Die soziologisch-statistisch exakte Grundlage zu dieser sozialpsychologischen Fragestellung sollte in unserem Bande durch eine Untersuchung von *Gunther Ipsen* gelegt werden. Aus inneren Gründen des Sachzusammenhangs weitete sich diese Arbeit jedoch so aus, daß sie als gesonderter Beitrag („Die deutsche Arbeit in den dreißiger Jahren. Eine Lagebeurteilung“) in einem zweiten Bande zur Wirtschaftskrise in Deutschland folgen soll. Es wird sich dabei um eine eingehende Analyse des Arbeitspotentials in seiner Abhängigkeit vom Altersaufbau und in seinem Verhältnis zur Beschäftigung und Arbeitsverfassung handeln. Durch diese Arbeit Ipsens wird eine der hauptsächlichen Determinanten der großen Krise in Deutschland verdeutlicht werden. Das im vorliegenden Band vermittelte Bild wird dadurch wesentlich abgerundet, möglicherweise gar modifiziert werden. Die alte und immer von neuem aufgeworfene Kontroverse um Brünnings Wirtschafts- und Finanzpolitik wird in unserem Buch nicht noch einmal in extenso aufgegriffen<sup>6</sup>. Sie ist aber in den Beiträgen vor allem *Keeses*, *Treues* und *Conzes* so enthalten, daß darauf knapp zusammengefaßt geantwortet werden kann: ökonomisch verhängnisvoll, politisch rebus sic stantibus schwer vermeidbar, von Brüning aus politischen Gründen bejaht. Statt diese Frage als solche bis ins einzelne gehend zu behandeln, liegt bei *Keeses* das Schwergewicht auf der Erstellung einer volkswirtschaftlichen Gesamt-

4 *Ursula Hüllbüschs* Aufsatz weist voraus auf ein Buch über die Gewerkschaften in der ausgehenden Weimarer Republik, das fertiggestellt ist und alsbald in der Reihe „Industrielle Welt“ erscheinen wird.

5 *M. Rainer Lepsius*: Extremer Nationalismus. Strukturbedingungen vor der nationalsozialistischen Machtergreifung. Stuttgart 1966.

6 Hierfür sei auf die vorzügliche Arbeit von *Horst Sanmann* verwiesen; s. in *Keeses* Beitrag, S. 35 ff., Anm. 4.

### *Einleitung*

rechnung, wodurch die wirtschaftsstatistischen Unterlagen zu einer Beurteilung der deutschen Wirtschaft in der Krise wohl zum erstenmal umfassend und theoretisch fundiert bereitgestellt worden sind. *Conze* dagegen versucht, die Ergebnisse der übrigen Beiträge ausgesprochen oder unausgesprochen berücksichtigend, die politische Konklusion zu gewinnen, indem er nach der Abfolge der vom Sturz des Kabinetts Müller bis zur Machtergreifung Hitlers gefällten innenpolitischen Entscheidungen fragt. Der jüngste Stand der Forschung wird dabei mit eigenen Forschungen zur Darstellung verbunden.

Die Herausgeber hoffen, mit der Vorlage wesentlicher Teilergebnisse der oben bezeichneten Arbeitstagungen einen weiterführenden Beitrag zur jüngsten deutschen Geschichte zu leisten. Methodisch aber wollen sie dazu anregen, die schwierige Verbindung von ökonomisch-sozialer Strukturgeschichte mit der Geschichte der politischen Entscheidungen in der Zusammenarbeit von systematischen und historischen Disziplinen zu suchen und praktisch zu erproben.

Heidelberg und München  
im September 1966

*Werner Conze*  
*Hans Raupach*

Dietmar Keese  
Die volkswirtschaftlichen Gesamtgrößen  
für das Deutsche Reich in den Jahren 1925-1936

I. Die Wirtschaftskrise in Deutschland

Die folgenden Seiten enthalten den Versuch, durch die Zusammenstellung und Analyse der volkswirtschaftlichen Kreislaufgrößen der Jahre 1925–1936 zur Erhellung der wirtschaftlichen Vorgänge in Deutschland vor, während und nach der großen Krise beizutragen.

Einige allgemeine Fragen, die die besondere Schärfe und Auswirkung der Weltwirtschaftskrise in Deutschland berühren, sollen einleitend kurz erörtert werden.

Die erste Frage ist die nach der Ursache dieser weltweiten Krise. Die heute allgemein geteilte Ansicht, daß ihr ein generelles Nachfragedefizit zugrunde lag, das im Kreislauf weitere Abschwächungen der volkswirtschaftlichen Nachfrage induzierte, verschiebt im Grunde das Problem nur um eine Stufe. Es ist dann nämlich zu fragen, wodurch das generelle Nachfragedefizit entstanden ist, von dem die Krise ihren Ausgang nahm. Dennoch hätte schon diese Einsicht in den generellen Charakter des Nachfragedefizits und die zyklische Selbstinduktion weiterer Abschwächungen der volkswirtschaftlichen Nachfrage damals einen wesentlichen Schritt zur Diagnose und Therapie der großen Krise bedeutet.

Grundsätzlich kommen vier Bereiche in Betracht, in denen ein solches originäres Nachfragedefizit entstehen kann. Es sind dies:

1. der private Konsum und die Investitionen des Staates;
2. die privaten Investitionen;
3. der Konsum und die Investitionen des Staates und
4. der Ausfuhrüberschuß als Differenz zwischen der Nachfrage des Auslandes nach inländischen Gütern und Diensten (Exporte) und der inländischen Nachfrage nach Produkten des Auslands (Importe).

Von diesen vier Bereichen können als Entstehungsbereich eines originären volkswirtschaftlichen Nachfragedefizits nach Ansicht des Verfassers zwei Bereiche von vornherein ausgeschlossen werden, nämlich der private Konsum von Gütern und Diensten und der Außenbeitrag<sup>1</sup>.

Die private Konsumnachfrage ist nämlich zunächst lediglich der Entwicklung der Einkommen gefolgt. Da im Höhepunkt der Krise die Nettoersparnisse der privaten Haushalte negativ wurden, ist in diesem Bereich sogar ein gewisses antizyklisches Verhalten festzustellen. Gleiches gilt für den Bereich des Außenhandels, der ebenfalls von 1929 ab einen steigenden Überschuß der Aktivposten

<sup>1</sup> Nr. 1 und 4 der obigen Aufzählung.

der Ertragsbilanz über den Passivposten aufweist, welcher im Jahre 1931 seinen höchsten Stand mit nahezu 2 Mrd. RM erreicht. Auch in diesem Bereich ist also eine antizyklische Entwicklung festzustellen.

Als Ursachenbereiche bleiben also nur diejenigen der privaten Investitionsnachfrage und der Staatsausgaben übrig. In den beiden Bereichen sind starke Rückgänge festzustellen, wobei das Schrumpfen der privaten Investitionen zeitlich eher beginnt (bereits 1928) und größere Ausmaße erreicht als der Rückgang der Staatsausgaben. Es würde zu weit führen, an dieser Stelle die Gründe für den Rückgang der privaten Investitionen zu untersuchen. In diesem Bereich dürften neben anderen auch psychologische Faktoren eine Rolle gespielt haben, die auf vom Ausland her wirkende Einflußgrößen zurückgingen.

Der Rückgang der Staatsausgaben ist jedoch nicht nur als eine Reaktion einer sich konjunkturpolitisch neutral verhaltenden Stelle auf den Rückgang des Sozialprodukts und der Staatseinnahmen aufzufassen. Wie die Daten im zusammengefaßten Einkommenskonto auf den Staat<sup>2</sup> erkennen lassen, sind die Staatsausgaben, vor allem die Konsumausgaben des Staates, im Jahre 1930 stärker vermindert worden, als es die geringfügige Abnahme der Steuereinnahmen erfordert hatte. Mindestens in diesem Umfang kann also von einer aktiven Rolle des Staates bei der Verursachung und Verschärfung der Wirtschaftskrise gesprochen werden.

Hieraus ergibt sich die Frage, warum die Ausgaben des Staates, vor allem die des Reiches, während der Krise in so starkem Maße vermindert worden sind und ob die Brüning'sche Wirtschafts- und Finanzpolitik, die im wesentlichen auf den Ausgleich des Haushalts ausgerichtet war, unter den gegebenen Umständen als ökonomisch richtig oder falsch angesehen werden muß.

Das Urteil vom heutigen Stand nationalökonomischer Erkenntnis aus ist dabei völlig eindeutig. Mehr und mehr werden in neueren Veröffentlichungen die deutschen Konjunkturpolitik jener Jahre und vor allem die Finanzpolitik des Reiches als ein besonders deutlicher Fall sachlich falscher Wirtschaftspolitik angeführt<sup>3</sup>.

Das entgegengesetzte Extrem bilden zahlreiche historische Arbeiten über diese Zeit, die eine Finanzpolitik, die unter allen Bedingungen den Ausgleich des Staatshaushalts anstrebt, als selbstverständlich richtig ansehen<sup>4</sup>. Unter diesem Blickwinkel taucht die eben gestellte Frage gar nicht auf.

Für ein volles Verständnis der damals getroffenen Maßnahmen sind jedoch beide Extreme als Ausgangspositionen ungeeignet. Der damalige Stand der wirtschafts-

2 Siehe Tab. S. 47: Zusammengefaßtes Einkommenskonto für den Staat, Konto 3.

3 S. z. B. *Eduard Werlé*: Wie können wir ein stabiles Wachstum der Wirtschaft sichern? in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*. Band 177. Heft 6. Juni 1965. S. 534.

4 S. z. B. *Erich Eyck*: Geschichte der Weimarer Republik. Bd. II. Erlenbach b. Zürich 1956. S. 371 und 373. Zahlreiche weitere Angaben bei *H. Sanmann*: Deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Ära Brüning in: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*. 10. Jahr. Tübingen 1965.

wissenschaftlichen Theorie und die politischen und psychologischen Umstände und Bedingungen sind für eine ausgewogene Beurteilung ebenso zu berücksichtigen, wie die kreislauftheoretischen Abhängigkeiten und Zusammenhänge.

Der Stand der wirtschaftswissenschaftlichen Theorie jener Zeit läßt sich heute verhältnismäßig leicht aus den wichtigsten nationalökonomischen Lehrbüchern, die damals dem akademischen Unterricht zugrunde lagen, und aus der damaligen Zeitschriftenliteratur ermitteln. Trotz der zahlreichen Ansätze auf dem Gebiet der Kreislauftheorie, die jedes heutige dogmengeschichtliche Lehrwerk für die Zeit vor 1930 aufzählt, war die Theorie noch durch das völlige Fehlen dieses Bereiches und die Vorherrschaft der Preistheorie gekennzeichnet. Einige in Deutschland noch heute aufgelegte Lehrbücher haben diesen Entwicklungsstand sogar bis zur Gegenwart konserviert. Die kreislauftheoretischen Gedanken, die sich schon bei Quesnay<sup>5</sup>, Marx<sup>6</sup>, Wicksell<sup>7</sup>, v. Zwiédineck-Südenhorst<sup>8</sup> und in den frühen Veröffentlichungen von Keynes<sup>9</sup> finden, waren weitgehend unbekannt geblieben und auch noch nicht zu einer geschlossenen Kreislauftheorie weiterentwickelt worden. Die bestehende sogenannte Konjunkturtheorie und Konjunkturforschung erschöpfte sich mangels eines brauchbaren Ansatzes in der Deskription der Konjunkturzyklen der Vergangenheit und in Spekulationen und mechanistischen Theorien über deren mögliche Ursachen.

In der Nationalökonomie der gesamten westlichen Welt<sup>10</sup> wurden die seit Anfang des 19. Jahrhunderts auftretenden Wirtschaftskrisen überwiegend als eine Art Selbstreinigungsprozeß der Wirtschaft betrachtet, der in seiner Entwicklung die Kräfte selbst freisetzt, die die Krise beenden und einen neuen Aufschwung herbeiführen. Zu einer allgemeinen Krise könne es schon deshalb nicht kommen, weil jedes Gut bei seiner Produktion auch das Einkommen schaffe, das notwendig sei, um es zu kaufen (Say'sches Theorem).

Von dem gleichen festen Glauben an die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft ging neben der Wirtschaftstheorie im engeren Sinne auch die Finanztheorie aus. Sie empfahl folgerichtig die Ausgeglichenheit des Staatshaushalts als obersten Grundsatz jeder Finanzpolitik.

Neben dem gekennzeichneten Stand der Wirtschaftstheorie, der für alle von der Krise betroffenen Länder etwa gleich war, gab es jedoch einen Faktor, der es der

5 *Fr. Quesnay*: *Tableau économique*. Paris 1758.

6 *K. Marx*: *Das Kapital*. Kritik der politischen Ökonomie. Bd. II: Der Zirkulationsprozeß des Kapitals. Hamburg 1885. 3. Abschnitt.

7 *K. Wicksell*: *Geldzins und Güterpreise* 1898.

8 *O. v. Zwiédineck-Südenhorst*: Die Einkommensgestaltung als Geldwertbestimmung in: *Schmoller's Jahrbuch*. Jahrgang 33, 1909.

9 *J. M. Keynes*: *The End of Laissez-faire*. London 1926.

10 Nicht so in der Sowjetunion, wo die Wirtschaftstheorie gegen Ende der 20er Jahre einen hohen Stand der theoretischen Erkenntnis, vor allem im Bereich der Wachstumstheorie, erreicht hatte. Siehe *Foundations of Soviet Strategy for Economic Growth*. Selected Soviet Essays, 1924–1930. Hrsg. N. Spulber. Bloomington 1964.

Wirtschaftspolitik in Deutschland besonders schwer machte, Maßnahmen gegen die Krise gleich welcher Art zu ergreifen. Dieser Faktor ist die Erinnerung an die nur wenige Jahre zurückliegende große Inflation in Deutschland. Die Stabilisierung des Geldwertes als wichtiges Ziel taucht immer wieder in den Reden der Politiker auf, und nur infolge des Traumas „Stabilisierung des Geldwertes“ konnten im Höhepunkt der Krise strengste Maßnahmen zum Ausgleich des Reichshaushalts ergriffen werden, obgleich doch die Stabilität des Geldwertes, allerdings in der anderen Richtung, längst dahin war und die Preise 30 und mehr Prozent unter dem Stand von 1928 lagen.

Eine Besonderheit der Entwicklung der Krise in Deutschland ist ihr früher Beginn. Wenn man eine Arbeitslosigkeit von 5 % aller Beschäftigten als Grenze nimmt, an der die Vollbeschäftigung der Wirtschaft aufhört und Massenarbeitslosigkeit und Krise beginnen, hat Deutschland nur eine sehr kurze Periode der Vollbeschäftigung zwischen 1918 und 1933 gekannt. Lediglich in der relativ kurzen Periode von April 1924 bis Oktober 1925 (19 Monate) lag nämlich die Arbeitslosigkeit unter 5 %<sup>11</sup>, und nach der Krise des Jahres 1926 noch einmal in den vier Monaten von Juli bis Oktober 1927. Im Sommer 1928 sank dann die Arbeitslosenquote bis in die Nähe der Fünfprozentgrenze, am weitesten im Juli 1928, als 5,3 % Arbeitslose gemeldet waren, ohne sie allerdings zu erreichen. So betrachtet setzte also die Krise in Deutschland schon im November 1927 ein.

Der Rückgang der volkswirtschaftlichen Investitionen begann in Deutschland bereits im Jahre 1928. Obwohl die Bruttoanlageinvestitionen gegenüber 1927 noch um 710 Mill. RM zugenommen hatten<sup>12</sup>, führte der starke Rückgang der Lagerzugänge von 1720 Mill. RM (nur Mengenänderungen) insgesamt zu einem Absinken der volkswirtschaftlichen Inlandsinvestitionen von mehr als 1 Mrd. RM. Im Jahre 1929 gingen dann die volkswirtschaftlichen Investitionen um weitere 3,61 Mrd. RM zurück. Auch in dieser Hinsicht ist also zumindest ein selbständiger Beginn der deutschen Wirtschaftskrise festzustellen.

Da die Investitionsentscheidungen der Unternehmer in starkem Maße von Erwartungsgrößen, insbesondere den Gewinnerwartungen abhängen, die ihrerseits in Abhängigkeit von der psychologischen Situation des Erwartenden geschätzt werden, kann nicht jede Verbindung der deutschen mit der Weltkrise gelegnet werden. Insbesondere hat die sich entwickelnde internationale Krise sicherlich die psychologische Situation für die Vornahme von Investitionen in Deutschland verschlechtert und so die vorher entstandene Krise verschärft.

Eine Betrachtung der Zahlen der beschäftigten Arbeitnehmer gibt besser als die Arbeitslosenziffern Aufschluß über die Entwicklung der Wirtschaftskrise in Deutschland. Im Jahresdurchschnitt waren 1928 17,996 Mill. und 1929 17,870

Mill. Arbeitnehmer beschäftigt<sup>13</sup>. Im Dezember 1929 waren nur 176 000 Personen weniger beschäftigt als im gleichen Monat des Jahres 1928. Im März 1930 betrug die Differenz gegenüber März 1929 schon 537 000 Personen. Von hier ab, gleichzeitig mit dem Regierungsantritt des Reichskanzlers Brüning (29. März 1930), begann die Entwicklung einer im eigentlichen Sinne krisenhaften Situation durch die Verzögerung und Abschwächung der saisonalen Frühjahrsbelebung der Wirtschaft. Im April 1930 liegt die Zahl der Beschäftigten nämlich schon um 1 432 000 Personen unter der vom April 1929, und im August 1930 erreicht die Differenz der Zahl der Beschäftigten nach der ersten Verordnung des Reichspräsidenten vom 16. Juli 1930 und der darauf folgenden Auflösung des Reichstages im Vergleich mit der vom August 1929 die Höhe von 2 017 000.

Trotz des Erdrutsches zugunsten der NSDAP und der Stimmengewinne der Kommunisten bei den Wahlen am 14. September 1930 bleibt die Zahl der Beschäftigten bis Dezember 1930 ziemlich gleichmäßig um 2,1 Mill. Personen unter den Beschäftigtenzahlen des Jahres 1929. Nach der ersten Notverordnung vom 1. Dezember 1930 und auf Grund des strengen Winters stellt sich auch im Jahre 1931 der saisonale Frühjahrsaufschwung nur verzögert und abgeschwächt ein. Im März 1931 sind nahezu 2,8 Mill. Personen weniger beschäftigt als im März 1929, und auch im März 1929 waren schon 2 484 000 Personen als arbeitslos gemeldet. Nach der zweiten Notverordnung vom 5. Juni 1931 und der Kreditkrise im Juli 1931 begann die Zahl der Beschäftigten vorzeitig bereits im August abzunehmen. Die Differenz gegenüber 1929 stieg den ganzen Sommer und Herbst des Jahres 1931 hindurch an und erreichte im November die Höhe von 4,4 Mill. Personen.

In diese Zeit also fällt der eigentliche Beginn der jetzt die persönliche, wirtschaftliche und soziale Existenz der Deutschen bedrohenden Deflationskrise, die sich auf das politische Schicksal der Republik und ihrer Bürger so verhängnisvoll auswirken sollte.

Nach der dritten und vierten Notverordnung vom 6. Oktober 1931 und vom 8. Dezember 1931 sowie dem Rücktritt Brünings am 30. Mai 1932 ging die Zahl der Beschäftigten im ersten Quartal 1932 weiter zurück; im März 1932 betrug die Differenz gegenüber 1929 4,9 Mill. Personen<sup>14</sup>, und das ganze Jahr 1932 blieb ohne nennenswerten saisonalen Auftrieb, obgleich die Abnahme der Beschäftigten im Herbst ausblieb.

Im Juni 1932 ist mit 6,0 Mill. Personen die größte Differenz der Beschäftigungsziffern gegenüber 1929 und damit der Höhepunkt der Krise erreicht. Bis Dezember 1932 nimmt diese Differenz dann auf 4,3 Mill. Personen ab. Auch bei dieser Zahl ist zu berücksichtigen, daß im Dezember 1929 bereits 2 851 000 Arbeitslose gemeldet waren. Im Januar 1933 steigt die Differenz gegenüber 1929 wieder auf 4,5 Mill. Personen an.

13 Konjunkturstatistisches Handbuch 1933, a. a. O. S. 13.

14 Konjunkturstatistisches Handbuch 1936. Hrsg. Ernst Wagemann. Berlin 1935. S. 12.

11 Konjunkturstatistisches Handbuch 1933. Hrsg. vom Institut für Konjunkturforschung. Berlin 1933. S. 13 und 15.

12 Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1938. Berlin 1938. S. 565.



Im vorigen Abschnitt sind die Notverordnungen der Regierung Brüning nicht zufällig mit der Entwicklung der Krise in Zusammenhang gebracht worden. Mit Ausnahme der Steuersenkungen handelt es sich in den Notverordnungen so gut wie ausschließlich um Maßnahmen, die geeignet waren, die bei den Konsumenten verfügbaren Einkommen zu vermindern, die Staatsausgaben zu kürzen oder potentielle Investoren von Investitionsplänen abzuschrecken. Für jede Kategorie sollen einige Beispiele folgen:

1. Verminderung der bei den Konsumenten verfügbaren Einkommen: Herabsetzung der Beamtenbezüge, Einführung neuer (Bürgersteuer) und Heraufsetzung bestehender Steuern (Zuckersteuer, Umsatzsteuer), Senkung der Löhne und Sozialleistungen;
2. Kürzung der Staatsausgaben: Ausgabenbegrenzung, Bausperre für Verwaltungsneubauten, Eingriffe in die Finanzhoheit der Gemeinden;
3. Schaffung ungünstiger Voraussetzungen für eine Erhöhung der privaten Investitionen: Maßnahmen gegen Kartelle, Senkung der gebundenen Preise, Zinssenkung, Senkung der Mieten.

Die Notverordnungspolitik der Reichsregierung während der Krise hat, selbst wenn man den Stand des theoretischen Wissens zur damaligen Zeit in Rechnung stellt, an einer ausgeprägten Widersprüchlichkeit der Zielsetzungen gelitten. Zwei Zielsetzungen sind dabei deutlich zu erkennen, nämlich 1. die Überwindung der Krise durch Unterstützung der Wirtschaft zu fördern und 2. die Streichung der Reparationsleistungen zu erreichen. Die erste Zielsetzung bedeutet für die damalige Wirtschaftstheorie schon eine revolutionäre Abwendung vom Grundsatz der Nichteinmischung des Staates in die Wirtschaft. Da das zweite Ziel jedoch den Ausgleich des Staatshaushalts zu erfordern schien und die Reichsbank sich nicht zu einer bedeutenden Kreditgewährung an den Staat bereitfand, mußte die Verfolgung des ersten Zieles mangels ausreichender Mittel notwendigerweise in den Ansätzen stecken bleiben. Bedeutende Mittel wurden außerdem im Rahmen der Osthilfe für die Entschuldung der Landwirtschaft verbraucht, ohne dort zu entsprechenden Investitionen oder Konsumausgaben zu führen<sup>15</sup>.

Der entscheidende Gegensatz, der zwischen den beiden Zielsetzungen bestand, war zwar den Politikern der Zeit nicht gänzlich verborgen, wurde aber als unvermeidlich hingenommen. Das ausgeglichene Budget und die radikale Beendigung der Politik der verschleierten Defizite durch Brüning als Ausdruck finanzpolitischen Wohlverhaltens und als Mittel auf dem Wege zur Streichung der Reparationen war jedenfalls unvereinbar mit der gleichzeitig angestrebten Hilfe für die Wirtschaft, die Krise zu überwinden.

Nicht einordnen läßt sich in dieses Zielsystem der Plan der deutsch-österreichischen Zollunion vom Frühjahr 1931. Er widerspricht dem Ziel der Streichung der Reparationen und konnte zur Krisenüberwindung kaum beitragen.

15 Siehe den Beitrag von Hans Raupach oben S. 23 ff.

Im Rahmen der beiden formulierten Ziele ist es ferner theoretisch schwer zu verstehen, warum sich die deutsche Regierung nicht entschloß, im September 1931 der englischen Pfundabwertung zu folgen. Vor allem politische Erwägungen, insbesondere die Rücksichtnahme auf Frankreich und auf das Prinzip der Vertragstreue<sup>16</sup>, haben die Reichsregierung gehindert, diesen Schritt zu tun<sup>17</sup>. So wurde dem Ziel der Streichung der Reparationen der Vorrang eingeräumt. Die folgende Deflationspolitik, die ihren Höhepunkt in der vierten Notverordnung vom 8. Dezember 1931 fand, die Preis- und Lohnsenkungen von mindestens 10% vorsah, war als Ausweg aus der Wirtschaftskrise von vornherein zum Scheitern verurteilt. Der Außenhandelsüberschuß konnte auch auf kurze Frist die fehlende inländische Investitionsbereitschaft nicht ersetzen. Der Fehlschlag dieser Politik, durch die Abwehrmaßnahmen des Auslandes beschleunigt, ließ sich bereits am Schrumpfen des Ausfuhrüberschusses im Januar und Februar 1932 feststellen. Die Regierung Brüning hat diese letzte Möglichkeit zur Änderung der Politik auf das Ziel der Stabilisierung der Krise hin nicht genutzt. Man wollte nicht auf den letzten hundert Metern vor dem Ziel der Streichung der Reparationen schwach werden.

So ist zusammenfassend festzustellen, daß die Zielsetzung der Krisenüberwindung für die Notverordnungspolitik nur eine untergeordnete Rolle gespielt hat. Das Ziel, die Beendigung der deutschen Reparationen zu erreichen, hat bei allen wichtigen Entscheidungen dominiert. Es mag den deutschen Politikern dieser Zeit gelegentlich eine Ahnung davon gekommen sein, daß sie im Grunde alternative Ziele anstrebten. Sie haben sich ohne genaue Kenntnis der Alternativen für das Ziel der Reparationsstreichung entschieden<sup>18</sup>. Die Bedeutung, die diesem Ziel zugemessen wurde, ist zu einem großen Teil auch auf die emotional bestimmte Reaktion weiter Kreise der deutschen Bevölkerung auf die Diskussion der Reparationsfrage und ihre Verknüpfung mit dem Fortschreiten der Krise zurückzuführen.

Bemerkenswert ist jedoch, wie häufig der deutschen Reichsregierung in der Literatur die Unnachsichtigkeit und rücksichtslose Energie attestiert wird<sup>19</sup>, mit der sie ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik durchsetzte. Vielleicht ist dieses Festhalten an theoretischen Vorstellungen und die stark ausgeprägte Beharrlichkeit im Verfolgen eines einmal eingeschlagenen Weges eine besonders in Deutschland

16 Nach dem erst 1930 angenommenen Young-Plan war Deutschland verpflichtet, den Goldstandard der Mark aufrecht zu erhalten. Damit war eine Abwertung nach dem Beispiel Englands ohne die Zustimmung der Vertragspartner völkerrechtlich nicht zulässig.

17 S. u. a. F. A. Hermens: Die Wirtschaftspolitik des Kabinetts Brüning. Vortragsmanuskript. November 1965. Demnächst in der Festschrift für Heinrich Brüning.

18 H. Sanmann: a. a. O. S. 126. In der gleichen Arbeit finden sich auch ausführliche Darlegungen zu dem Problem der Rangordnung und des Verhältnisses der einzelnen wirtschaftspolitischen Ziele Brünings zueinander (s. S. 135 ff.).

19 Z. B. K. D. Bracher: Die Auflösung der Weimarer Republik. 2. Aufl. Stuttgart und Düsseldorf 1957. S. 337 und E. Eyck: a. a. O. S. 482.

*Dietmar Keese*

auf tretende Eigenschaft, die sich allerdings im Falle der großen Wirtschaftskrise ungünstig von der mehr pragmatischen Art abhebt, mit der man z. B. in England Wirtschaftspolitik machte.